



BROT FÜR ALLE FASTENOPFER
In Zusammenarbeit mit «Partner sein»

DR Kongo: Glencore

lässt zu wenig Sorgfalt walten



Lastwagen, die Kupfer und Kobalt transportieren, verursachen auf der Strasse nach Lulu massive Staubbelastung.
© Meinrad Schade.

Zusammenfassung¹

1 | Ziel des Berichts und Methodik

Dieser Bericht analysiert die Sorgfaltspflicht des Schweizer Rohstoffkonzerns Glencore in Bezug auf Menschenrechte und Umwelt in der Demokratischen Republik Kongo (DRK). Die Sorgfaltspflicht, ein international anerkanntes und klar definiertes Konzept in den «Uno-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte», wird für folgende Aspekte geprüft: Beziehungen zu den lokalen Gemeinden, Zugang zu Wasser und Wasserqualität, Recht auf Gesundheit, Recht auf Nahrung und Recht auf Einkommen. Dazu kommt eine kurze Analyse von Glencores Programmen zur sozialen Verantwortung sowie von Glencores Steuerpolitik und Vorwürfen der Korruption.

Dies ist der vierte Bericht von *Brot für alle* und *Fastenopfer* über die Aktivitäten von Glencore in der DRK. Er basiert auf Recherchen und Berichten des African Natural Resources Ob-

servatory (Afrewatch) und des Centre d' aide juridico-judicaire (CAJJ) aus den Jahren 2014 bis 2018, ergänzt durch Recherchen vor Ort von *Brot für alle* im Mai 2018.

2 | Glencore und seine Tochtergesellschaften in der DR Kongo

Glencore ist einer der weltweit grössten Rohstoffkonzerne. Das in Baar (Kanton Zug) ansässige Unternehmen fördert und handelt 90 unterschiedliche Rohstoffe und beschäftigt weltweit 146 000 Mitarbeitende. In der Demokratischen Republik Kongo besitzt Glencore zwei Firmen: Die Kupfer- und Kobaltminen Mutanda Mining (Mumi) und Kamoto Copper Company (KCC). Beide Unternehmen haben ihren Sitz in der Nähe der Stadt Kolwezi im Südosten des Landes und beschäftigen insgesamt

¹ Dieses Dokument ist die Zusammenfassung einer Studie über Glencore in der DR Kongo, die unter folgendem Link zur Verfügung steht (nur auf französisch): www.sehen-und-handeln.ch/report-glencore-18

22 000 Mitarbeitende. KCC und Mumi kontrollieren einige der grössten Kupfer- und Kobaltreserven der Welt und machen Glencore damit zu einem der wichtigsten Produzenten dieser beiden Rohstoffe. Kobalt ist bei der Produktion von Batterien unverzichtbar. Der Boom der Elektromobilität liess Nachfrage und Preis des Erzes in den letzten Jahren in die Höhe schnellen. Entsprechend stark weitete Glencore auch seine Kobaltproduktion aus.

3 | Bodenverschmutzung und das Recht auf Nahrung

3.1 | Verschmutzung in Moloka 2013–2014

Über einen Zeitraum von zwölf Monaten flossen 2013 und 2014 Schadstoffe aus der Kupfer- und Kobaltmine Mumi auf die Felder von 26 Bauernfamilien in Moloka, einem Dorf an der südwestlichen Grenze der Minenkonzession. Insgesamt wurden Böden und Ernten (Maniok, Mais, Reis, Bohnen, Ananas und Bananen) auf einer Fläche von fast 24 Hektar zerstört. Die Verschmutzung der Böden war so gross, dass sie bis heute auf Satellitenbildern sichtbar ist. Zunächst reagierte Mumi nicht auf die Beschwerden der Geschädigten und bestritt danach in einem Schreiben, die Verschmutzung der Felder verursacht zu haben. Erst nach Alarmierung der Behörden und intensiver Analyse- und Lobbyarbeit durch CAJJ, einer von *Fastenopfer* und *Brot für alle* unterstützten Organisation, erklärte sich Mumi bereit, die 26 Familien für die beschädigten Kulturen mit insgesamt 65 330 US-Dollar zu entschädigen.

Mumi weigerte sich indessen, auch für die Zerstörung des Bodens, der bis heute nicht kultivierbar ist, eine Entschädigung zu zahlen. Dies obschon Artikel 281 des kongolesischen Bergbaugesetzes eine Kompensation fordert für «jede Einwirkung, die das Land für die Bewirtschaftung ungeeignet macht». Mumi hat zwar begonnen, Teile des verschmutzten Bodens zu säubern und wieder zu bepflanzen, aber die neuen Kulturen wachsen nur langsam. Die 26 geschädigten Familien haben derzeit kein anderes Land zu bewirtschaften und befinden sich ökonomisch in einer entsprechend prekären Lage. Zudem weigert sich Mumi bis heute, seine Umweltanalysen über die Art der ausgetretenen Schadstoffe zu veröffentlichen, obwohl die Geschädigten und CAJJ immer wieder Transparenz gefordert haben.

3.2 | Verschmutzung in Moloka 2018

Am Morgen des 9. Januar 2018 stellten Bewohnerinnen und Bewohner von Moloka fest, dass dunkles und geruchsintensives Abwasser aus der Konzession von Mumi einige Felder überflutet hatte. Laut Glencore handelte es sich dabei um eine geringe Menge Altöl, das am Zaun austrat und keine Auswirkungen auf die Wasserläufe oder die Umgebung hatte.

3.3 | Verschmutzung in Kaindu 2017

Im April 2017 floss über Nacht eine unbekannte flüssige Substanz aus der Mumi-Mine auf die Felder von Kaindu, einem Dorf an der südlichen Grenze der Konzession. Nach Angaben der Bevölkerung von Kaindu wurden dabei Felder und Kulturen beschädigt, und zahlreiche Fische und Frösche eines nahegelegenen Flusses kamen ums Leben. Die 32 betroffenen Bauern und Bäuerinnen baten Glencore um Auskunft über die Gründe der Verschmutzung und die ausgeflossenen Substanzen. Sie verfügten indessen nicht über die notwendigen Mittel, um Land- oder Wasserproben zu sammeln und analysieren zu lassen. Glencore hat es bisher abgelehnt, eine Entschädigung zu leisten. Der Konzern behauptet, die Verschmutzung habe keine negativen Auswirkungen auf bewirtschaftete Agrarflächen gehabt. Trotzdem lehnt er es ab, seine Analysen der ausgetretenen Schadstoffe zu veröffentlichen, obwohl die Geschädigten und CAJJ Transparenz fordern. Mumi reagierte auf diese Forderungen bisher ausweichend und spricht lediglich von einer «Mischlösung aus Rückstandsschlamm, der zu 50 Prozent aus Feststoffen besteht».

Nebst den verschmutzten Feldern ist der Fall einer Bäuerin hängig, die mit gesundheitlichen Problemen als Folge des verunreinigten Flusses kämpft. Der Konzern hat sich bis vor Kurzem geweigert, den Schaden anzuerkennen, hat jedoch im November 2018 erklärt, man werde den Fall nochmals überprüfen

«*Brot für alle* und *Fastenopfer* fordern von Glencore, die Bäuerinnen und Bauern nicht nur für ihre Ernte- und Einkommensverluste, sondern auch für unbrauchbar gewordene Kulturflächen zu entschädigen.»

3.4 | Verschmutzung in Tshamundenda 2018

Im Januar 2018 brach bei starken Regenfällen ein Deich innerhalb des Geländes der KCC-Mine. In der Folge floss Natriumhydrosulfat (NASH) in Form einer schwarzen Flüssigkeit in einen Abflussgraben. Die Flüssigkeit verbreitete sich über eine Entfernung von vier Kilometern ausserhalb der KCC-Konzession im Bezirk Tshamundenda und beschädigte die Ernte in den Feldern und Gärten von insgesamt 460 Haushalten. Am stärksten betroffen ist der Besitzer einiger Fischteiche, in denen zahlreiche Fische ums Leben kamen. Er beziffert seinen Schaden auf 14 000 US-Dollar. KCC entschädigte die 460 Haushalte für ihre Ernteauffälle. Die meisten Befragten waren mit den Zahlungen zufrieden, obschon viele kontaminierte Felder und Gärten weiterhin nicht kultivierbar sind. Der Besitzer der Fischteiche empfand die angebotene Entschädigung von 5 925 USD zwar als zu niedrig, akzeptierte sie aber trotzdem. Die Höhe der Kompensationen war von Agripel, dem Ministerium für Landwirtschaft, Fischerei und Viehzucht, berechnet worden.

KCC hat die verschmutzten Felder und Gärten bisher nicht gesäubert. Das Unternehmen schlägt den betroffenen Haushalten vielmehr vor, sich in Vereinigungen zusammenzuschliessen, die dann im Rahmen von KCC-Entwicklungsprogrammen mit Düngemitteln und Saatgut versorgt würden. Die Entschädigungen von KCC entsprechen allerdings nicht den definierten



Verschmutztes Feld in Moloka (Mai 2018). | © Meinrad Schade.

Standards des Bergbaugesetzes, namentlich Artikel 280 (Entschädigung für Schäden an Pflanzen) und Artikel 281 (Entschädigung für Schäden an Böden, die danach für den Anbau ungeeignet bleiben). Dies bedeutet: KCC leistete eine «finanzielle Unterstützung», ohne seine Verantwortung für die Zerstörung der Pflanzen und die Bodenverschmutzung anzuerkennen.

3.5 | Verschmutzung in Tshamundenda 2015

Bereits drei Jahre zuvor, im Februar 2015, war es in Tshamundenda zu einer Bodenverschmutzung gekommen. Ein Lastwagen hatte 60 Kubikmeter Schwefelsäure vor dem Eingang zur KCC-Mine verschüttet. Laut Glencore wurde die Verschmutzung neutralisiert und der Boden gereinigt.

3.6 | Beurteilung der Bodenverschmutzungen

Die Verschmutzung von Böden und Feldern in regelmässigen Abständen hat klare negative Auswirkungen auf das Recht auf Nahrung der Bevölkerung in der Umgebung der beiden Minen KCC und Mumi. Selbst wenn eine Entschädigung gezahlt wird, bleiben den Bauern am Ende Felder oder Gärten, die für den Anbau von Nahrungsmitteln nicht mehr geeignet sind. *Brot für alle* und *Fastenopfer* fordern deshalb die beiden Unternehmen auf,

- wirksamere Massnahmen zur Vermeidung derartiger Umweltschäden zu ergreifen;
- offen und transparent mit den Gemeinden zu kommunizieren und zu erklären, was passiert ist, welche Stoffe freigesetzt wurden und welche Toxizität diese haben;

- im Falle von Verschmutzungen, umgehend eine Schadensbilanz zu erstellen, und zwar in Anwesenheit von Behördenvertretern und NGOs, welche die Gemeinschaften unterstützen;
- Artikel 281 des Bergbaugesetzes einzuhalten und Massnahmen zur Reinigung und Sanierung verschmutzter Böden zu ergreifen;
- die Bäuerinnen und Bauern nicht nur für ihre Ernte- und Einkommensverluste, sondern auch für unbrauchbar gewordene Kulturlflächen zu entschädigen.

4 | Luftverschmutzung und das Recht auf Gesundheit

In den Quartieren Musonoi und Luilu leiden die Bewohner während der Trockenzeit (April bis Oktober) unter dem Staub, der von Lastwagen der KCC-Mine, anderer Unternehmen und von Privatfahrzeugen auf den unbefestigten Strassen aufgewirbelt wird. In Musonoi stammt der Staub auch aus den Abräumhalten der Minenabfälle von KCC, die sich in unmittelbarer Nähe der Häuser befinden. In ihrem Jahresbericht 2017 räumt KCC ein, dass Staub negative Auswirkungen auf die Bevölkerung hat. KCC erklärt aber, im Gegensatz zu anderen Unternehmen Massnahmen zur Reduktion der Staubemissionen zu ergreifen, die Strassen instand zu halten und zu bewässern. Die Bewohner von Musonoi und Luilu kontern, die Bewässerung erfolge zu wenig häufig, um die hohen Staubemissionen zu vermeiden.

Im Mai 2018 hat *Brot für alle* Werte zwischen 150 und 250 µg/m³ Grobstaub (<10µm, PM₁₀) in Musonoi und Luilu und bis

zu 500 µg/m³ auf den Zufahrtsstrassen zu den beiden Quartieren gemessen. Dies ist drei- beziehungsweise zehnmal mehr als der von der Weltgesundheitsorganisation WHO empfohlene Tagesdurchschnitt für Grobpartikel (50 µg/m³). Laut WHO verursachen diese Partikel Atemwegserkrankungen. Fachpersonen von drei Gesundheitszentren in Musonoi berichten denn auch übereinstimmend, Atemwegserkrankungen seien in der Bevölkerung stark verbreitet. Zudem kommt es auf den nicht asphaltierten Strassen wegen der eingeschränkten Sicht vermehrt zu Verkehrsunfällen.

Die Behörden bauen derzeit eine Umgehungsstrasse, die diese Probleme teilweise lösen könnte. Auch auf der Strasse nach Musonoi wird ein 13 Kilometer langer Abschnitt von einem privaten Unternehmen im Auftrag der Gemeinde asphaltiert. Trotz dieser Massnahmen haben die Aktivitäten von Glencore nach wie vor negative Auswirkungen auf das Recht auf Gesundheit der Bevölkerung von Musonoi und Luilu. Die Asphaltierung eines Teils der Strasse nach Musonoi könnte zwar die Situation ändern und die Staubbelastung reduzieren. Das Problem des Staubs der Abräumhalden in Musonoi wird aber bestehen bleiben. Um die Lage zu entschärfen und die negativen Auswirkungen auf das Recht auf Gesundheit zu stoppen, fordern *Fastenopfer* und *Brot für alle*, dass KCC die Strassen während der Trockenzeit häufiger bewässert.

5 | Beziehungen zur Bevölkerung

In allen Quartieren Kolwezis rund um die KCC-Mine und in allen Dörfern rund um die Konzession von Mumi hat Glencore Sozialarbeiterinnen und Verbindungsleute rekrutiert, die in regelmässigem Kontakt mit den entsprechenden Gemeinden stehen. Laut Glencore pflegt KCC hauptsächlich Kontakte zum offiziellen administrativen Vertreter einer Gemeinde – in der Regel der Chef eines Quartiers –, zu Gemeindegemeinschaften und anderen Gruppen wie Genossenschaften, Verbänden und traditionellen Führern. In den Quartieren bilden von der Gemeinschaft gewählte Mitglieder diese Komitees, denen sie dann drei Jahre angehören. KCC und Mumi erklären, auch lokale Medien wie Radio und Fernsehen zur Information der Bevölkerung zu nutzen.

6 | Die Konsultationen von KCC 2017

Wie vom kongolesischen Bergbaugesetz gefordert, führte KCC 2017 Konsultationen mit der Bevölkerung der Gemeinden Musonoi und Luilu durch und liess eine neue Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung (Environmental and Social Impact Assessment, ESIA) erarbeiten. Anders als in den Vorjahren wurden Afrewatch, CAJJ und andere NGOs zu den Sitzungen eingela-

den. Laut einem Bericht von Afrewatch entsprachen diese Konsultationen nicht den «Best Practices» der International Finance Corporation (IFC). Von den Zehntausenden von Menschen in Musonoi und Luilu wurden nur einige wenige befragt, Frauen waren deutlich unterrepräsentiert, und die Zusammenfassung der ESIA wurde nicht verteilt. Afrewatch stellte zudem fest, dass die Konsultationen nicht in der lokalen Sprache Suaheli, sondern auf Französisch stattfanden. Glencore bestreitet dies und erklärt, Konsultationen seien auch in Suaheli durchgeführt worden. Die Sprache an den Informationsveranstaltungen war jedoch zu technisch und für die lokale Bevölkerung schwer verständlich, und die Erläuterungen konzentrierten sich auf die positiven Auswirkungen der Minen.

Die Standards der IFC verlangen «die vorherige Offenlegung und Verbreitung relevanter, transparenter, objektiver, nützlicher und leicht zugänglicher Informationen in einer oder mehreren indigenen Sprachen, in einer kulturell akzeptablen und für die betroffenen Gemeinschaften verständlich Form». Die von KCC durchgeführten Konsultationen haben diese Kriterien nicht erfüllt

«Die Massnahmen von Glencore sind ungenügend bei der Verletzung des Rechts auf Gesundheit durch Staubbelastung in Musonoi und Luilu und des Rechts auf Nahung durch die Verschmutzung von Feldern.»

7 | Verschmutzung des Flusses Luilu

In den Jahren 2012 und 2014 hatten *Brot für alle* und *Fastenopfer* nachgewiesen, dass KCC über den Canal Albert den Fluss Luilu verschmutzte. Die Beweise wurden von Glencore angefochten. 2018 hat sich die Situation verbessert: KCC scheint keine Abwässer mehr in den Luilu einzuleiten. Auch die von *Brot für alle* vor-

genommenen Wasseranalysen vom Mai 2018 zeigen keine Spuren von Verschmutzung mehr.

8 | Zugang zu Wasser

Die Verschmutzung des Flusses Luilu durch verschiedene Rohstoffunternehmen, darunter zeitweise auch durch KCC, hat das Recht auf Wasser der Bevölkerung stark beeinträchtigt. Deshalb steht KCC in der Verantwortung, den Zugang zu sauberem Wasser wieder zu gewährleisten – eine Bitte, welche die in Komitees organisierte Bevölkerung von Luilu seit 2007 immer wieder vorgebracht haben. 2014 versprach KCC in einem Gespräch mit *Fastenopfer* und *Brot für alle*, sich am Bau von Brunnen zu beteiligen. Nach mehr als zehn Jahren des Wartens und zahlreichen Briefen von Einwohnerkomitees befinden sich nun seit drei Jahren drei Wasserstationen im Bau. Sobald diese fertig gestellt sind, werden sie rund 10 000 Menschen sauberes Wasser liefern. Leider werden die anderen Bezirke Luilus mit rund 20 000 Einwohnern aber immer noch keinen ausreichenden Zugang zu Wasser haben.

9 | Unterbrochene Strassen

Der Bericht von *Brot für alle* und *Fastenopfer* von 2014 kritisierte, dass Mumi die Strasse zwischen den Dörfern Kapaso, Riando, Kando und Kisenda und der Nationalstrasse 1 im Jahr 2011 gesperrt hat. Um ihre Produkte auf dem Markt zu verkaufen, mussten die Bäuerinnen und Bauern danach 15 statt 5 Kilometer zurücklegen. Im Mai 2018 stellte das Team von *Brot für alle* fest, dass für den Personentransport auf der Strasse zwischen Lualaba-Gare und Kaindu Lastwagen zirkulierten. Die Passagiere auf den offenen Sitzbänken sind dadurch starken Staubimmissionen ausgesetzt.

Die negativen Auswirkungen auf das Recht auf Einkommen aufgrund von Strassensperrungen sind durch den Einsatz von Lastwagen gemildert worden. Dieses Transportsystem könnte indessen noch verbessert werden, beispielsweise durch geschlossene Busse statt offener Lastwagen.

10 | Korruptionsvorwürfe, Finanz- und Steuerfragen

Obwohl sich dieser Bericht auf Menschenrechts- und Umweltaspekte konzentriert, beschäftigt sich ein Kapitel auch mit Finanz- und Steuerfragen sowie mit Korruptionsvorwürfen. Die Bilanz in diesen Bereichen ist enttäuschend und beunruhigend.

Seit vielen Jahren arbeitet Glencore mit dem israelischen Geschäftsmann und Milliardär Dan Gertler zusammen, einem engen Vertrauten des kongolesischen Präsidenten Joseph Ka-

bila. Im April 2018 reichte Dan Gertler eine Klage gegen Glencore ein und forderte eine Entschädigung von fast drei Milliarden US-Dollar, da Glencore Lizenzgebühren für zwei Minen nicht bezahlt habe. Am 15. Juni 2018 gab Glencore bekannt, man habe die entsprechenden Zahlungen an Gertler wieder aufgenommen. Das Unternehmen hatte diese eingestellt, weil Gertler im Dezember 2017 wegen Korruptionsvorwürfen auf eine US-Sanktionsliste gesetzt worden war. Anfang Juli 2018 musste Glencore bekanntgeben, dass der Konzern vom US-Justizministerium untersucht wird. Die US-Behörden haben Dokumente über die Einhaltung des Anti-Korruptionsgesetzes und der Geldwäscherei-Gesetze in drei Ländern angefordert, darunter der Demokratischen Republik Kongo.

Im Januar 2018 reichte das staatliche kongolesische Bergbauunternehmen Gécamines, das 30 Prozent der Anteile der Kamoto Copper Company (KCC) hält, beim Handelsgericht Kolwezi einen Antrag auf Auflösung von KCC ein. Gécamines erklärte, KCC habe Dividendenzahlungen umgangen. Am 12. Juni 2018 gab Glencore bekannt, man habe sich mit Gécamines geeinigt: Die Schulden von KCC wurden deutlich reduziert, Gécamines wird – zum ersten Mal – Dividenden erhalten.

Auch in der Schweiz ist Glencore Gegenstand eines juristischen Verfahrens. Im Dezember 2017 reichte die Schweizer NGO Public Eye bei der Bundesanwaltschaft eine Strafanzeige ein. Darin forderte sie die Schweizer Justiz auf, den Erwerb der Minenlizenzen von Glencore in der DRK zu überprüfen. Die Bundesanwaltschaft hat noch nicht entschieden, ob sie der Strafanzeige Folge leisten wird.



Rohe Backsteine und Wellblechdächer: Die Lebensbedingungen in den Dörfern um die Kupfermine Mumi sind schwierig. | © Meinrad Schade

Schlussfolgerungen

Gemäss den Uno-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte muss eine Sorgfaltsprüfung in Bezug auf Menschenrechte und Umwelt vier Schritte umfassen: 1) Risiken identifizieren; 2) Massnahmen treffen; 3) die Ergebnisse dieser Massnahmen durch Indikatoren überwachen; 4) über Analysen und getroffene Massnahmen Bericht erstatten. *Fastenopfer* und *Brot für alle* kommen in Bezug auf die Umsetzung dieser Sorgfaltsprüfung durch Glencore in der DR Kongo zu folgenden Schlüssen:

- 1. Glencore hat zwar die ökologischen und sozialen Folgen seiner Aktivitäten anhand der Anforderungen des kongolesischen Bergbaugesetzes bewertet.** Es ist jedoch nicht klar, ob diese Bewertung systematisch alle Menschenrechte umfasst, wie sie in internationalen Standards wie den Uno-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sowie den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen definiert sind.
- 2. Glencore ergreift Massnahmen,** um die negativen Auswirkungen seiner Aktivitäten zu minimieren oder zu beseitigen. Diese Massnahmen waren ausreichend, um die Verschmutzung des Flusses Luilu zu stoppen und das durch abgeschnittene Strassen beeinträchtigte Recht auf Einkommen wieder zu gewährleisten. **Im Falle des Rechts auf Gesundheit (Staubbelastung in Musonoi und Luilu) und des Rechts auf Nahrung (Verschmutzung von Feldern) waren diese Massnahmen jedoch ungenügend.**
- 3. Glencore überwacht die Wirksamkeit der getroffenen Massnahmen nicht ausreichend;** entsprechende Indikatoren fehlen, die Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung ist mangelhaft. Dies zeigt sich vor allem bei den Auswirkungen auf das Recht auf Nahrung und das Recht auf Gesundheit. Um den Uno-Leitprinzipien gerecht zu werden, müsste sich Glencore «auf geeignete qualitative und quantitative Indikatoren und auf Bewertungen interner und externer Quellen, einschliesslich relevanter Interessengruppen» stützen, in diesem Fall also auf die von Staub und Bodenverschmutzung betroffene lokale Bevölkerung.
- 4. Glencore kommuniziert zu wenig konkret zu den Themen Menschenrechte und Umwelt.** In Nachhaltigkeitsberichten

sind zwar entsprechende allgemeine Informationen zu finden. Die Angaben über die Auswirkungen von KCC und Mumi auf die Menschenrechte und die Umwelt in der DR Kongo, über die Massnahmen zur Verringerung dieser Auswirkungen und über deren Wirksamkeit sind aber zu wenig konkret. Zudem hat Glencore seine Umwelt- und Sozialverträglichkeitsstudien (ESIA) oder eine Zusammenfassung dieser Studien für die lokale Bevölkerung nicht veröffentlicht, wie dies das kongolesische Bergbaugesetz verlangt.

Dieser Bericht zeigt auf, dass Glencore in der DR Kongo seine Sorgfaltspflicht nur unvollständig wahrnimmt. Anlass zur Sorge geben auch die zahlreichen Rechtsstreitigkeiten zwischen Glencore und ihren Geschäftspartnern oder staatlichen Stellen zur Steuerpraxis des Konzerns beziehungsweise zu Korruptionsvorwürfen. Trotzdem haben sich die Lage der Bevölkerung und die Umweltsituation rund um die beiden Minen KCC und MUMI in den letzten sechs Jahren in mancher Hinsicht verbessert. Dies ist indessen vor allem auf die Arbeit und den Druck der Partnerorganisationen von *Brot für alle* und *Fastenopfer* zurückzuführen. Denn Glencore hat in vielen Bereichen seine Verantwortung für Umwelt- und Menschenrechtsprobleme zuerst nicht anerkannt und erst auf anhaltenden Druck von aussen reagiert.

Dies zeigt, **dass die langfristige Arbeit der Partnerorganisationen von *Fastenopfer* und *Brot für alle* in diesem Bereich entscheidend ist.** Sie reicht jedoch offensichtlich nicht aus, denn auch heute sind wichtige Probleme, insbesondere hinsichtlich des Rechts auf Gesundheit und des Rechts auf Nahrung weitgehend ungelöst. **Eine verbindliche Regelung für international tätige Schweizer Unternehmen, wie sie die Konzernverantwortungsinitiative vorsieht, ist deshalb zwingend notwendig.** Nur so lässt sich die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards durch Schweizer Unternehmen im Ausland konsequent einfordern.



Auskunft Yvan Maillard Ardent, maillard@bfa-ppp.ch, 031 385 65 73
Lorenz Kummer (Medien), lkummer@bfa-ppp.ch, 079 489 38 24

Brot für alle/Fastenopfer | November 2018

Vollständige Studie zu Glencore in der DR Kongo (nur auf französisch):
www.sehen-und-handeln.ch/report-glencore-18